

Aktiv gegen Altersarmut

Herbert Kranz, Mitglied des Vorstands

Unter den von den konzernabhängigen Medien täglich zielgerichtet verbreiteten Informationen befinden sich auch solche, die das Wohl – oder wohl mehr Wehe – von uns Rentnern betreffen. Bei allem Wortreichtum hört man jedoch aus dem Regierungslager über die Lösung der immer noch offenen Probleme der Rentenangleichung zwischen Ost und West sehr wenig Konkretes.

Zwar wird verbreitet, dass es der gesetzlichen Rentenversicherung zurzeit ausgezeichnet geht. Die Nachhaltigkeitsreserve steigt zum Ende des Jahres auf rund 23 Milliarden Euro. Die Renten sollten um 3,2 Prozent im Osten und 2,3 Prozent im Westen erhöht werden. Doch gemach: Die Rentenerhöhung wurde inzwischen auf 2,26 Prozent im Osten und 2,18 Prozent im Westen reduziert. Damit greift die Altersarmut weiter um sich und wird zur Massenerscheinung. Davon wird in Ostdeutschland jeder Dritte betroffen sein. Die Ursachen sind seit Jahren bekannt. Dazu die Partei DIE LINKE in ihrem aktuellen Standpunkt vom 28.02.2012: *Mit Leiharbeit, Mini-Jobs, miesen Löhnen und Hartz IV kann niemand sich einen Lebensstandard aufbauen. Ostdeutsche erhalten für die gleiche Lebensleistung noch immer weniger Rente als Westdeutsche. CDU/CSU und FDP wollen daran gar nichts ändern. DIE LINKE fordert, dass die Rente wieder den Lebensstandard sichert. Wer von Armutsvermeidung redet, darf von guter Arbeit nicht schweigen: Leiharbeit muss verboten und ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 10 Euro muss eingeführt werden.*

Nach einer aktuellen Studie des statistischen Bundesamtes gilt schon jetzt jeder sechste Einwohner (15,6%) als arm. Die Grenze dafür liegt bei 940 Euro. Monatseinkommen für einen Ein-Personen-Haushalt, incl. staatlicher Sozialleistungen. Armutsgefährdet ist nach der EU-Definition, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung des Landes zur Verfügung hat. In Deutschland liegt diese Grenze

bei einem Jahreseinkommen von 11.278 Euro. Gegenwärtig muss jeder Fünfte zu Niedriglöhnen arbeiten. Aus heutigen Armutslöhnen werden später Armutsrenten. Das Rentenrecht betrifft aber 7,4 Millionen Menschen, davon 4,6 Millionen Frauen. Der politische Kampf gegen das Rentenunrecht beschränkt sich also nicht auf ISOR. Wir haben dabei Verbündete in vielen Vereinen und Verbänden. So spezifisch die Probleme bei unseren Freunden auch sein mögen, im Kampf gegen das Rentenstrafrecht erfahren wir ihre Solidarität und sind dafür dankbar.

Es ist einzig die Partei DIE LINKE, die in den Medien und im Bundestag immer wieder das Thema Rentengerechtigkeit und soziale Sicherheit auf die Tagesordnung bringt. Dazu entwickelt sie viele Aktivitäten im Bundestag. Inzwischen ist aber sicher keinem verborgen geblieben, wie Anträge und Initiativen der LINKEN dort behandelt werden. Meist werden sie schon nur deshalb verworfen, weil sie von den LINKEN kommen. Es ist nicht zu übersehen, dass DIE LINKE, trotz vielfacher Versuche, sie auszugrenzen oder mundtot zu machen, im sozialpolitischen Bereich aktiver ist als alle anderen Parteien. Auf ihrer Homepage »DIE LINKE im Bundestag« kann man dazu aktuell 3.835 parlamentarische Initiativen der Fraktion finden.

Schon in den ersten Monaten des Jahres 2012 ist abzusehen, dass es wirtschaftlich und politisch sicher kein gutes Jahr werden wird. Obwohl versucht wird, die Menschen von den tatsächlichen Problemen abzulenken, sind die

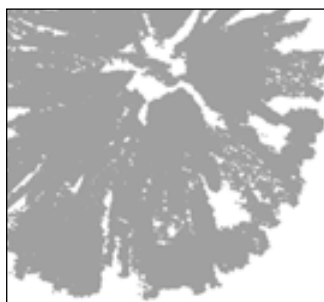
Fehlleistungen in der Sozialpolitik nicht mehr unter den Teppich zu kehren.

Dazu gehört auch in diesem Jahr wieder, dass die vielgepriesene Rentenerhöhung bereits durch die Inflation aufgeessen ist, während die Arbeitsministerin sie als »kräftigen Anstieg« darstellt. 2012 passiert genau das, was wir schon in unserer Ausgabe vom Mai 2011 festgestellt haben – es gibt effektiv wieder eine Minusrunde. Das Versprechen der Kanzlerin, das Ost-West-Rentenproblem in der laufenden Wahlperiode zu klären, bekommt in diesem Zusammenhang nun eine neue Dimension – mit diesem »Tempo« wird es noch 140 Jahre dauern bis zur rentenrechtlichen Gleichstellung des Ostens.

Neben einer Reihe verschiedener Anträge im Bundestag in Sachen soziale Sicherheit hat die Fraktion DIE LINKE dazu am 25. Januar 2012 erneut einen Antrag eingebracht mit dem Titel: »Rentenversicherung stärken und solidarisch ausbauen – Solidarische Mindestrente einführen«. (Drucksache 17/8481 vom 25.1.2012) Darin wird die Regierung aufgefordert, ihre Rentenpolitik zu verändern mit dem Ziel, eine Altersvorsorge zu gewährleisten, die es den Menschen ermöglicht, einen einmal erreichten Lebensstandard halten zu können.

Grund für den freien Fall des Rentenniveaus ist der vor zehn Jahren von der damaligen Bundesregierung aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingeleitete, verantwortungslose Paradigmenwechsel. Das Ziel der Lebensstandardsicherung wurde aufgegeben – wie auch die faktische Armutsvermeidung – und durch das Ziel der Beitragsatzstabilität ersetzt. Die Renten folgen seitdem nicht mehr den Löhnen und werden bis zum Jahr 2030 um rund ein Fünftel entwertet. Die Folgen dieser verfehlten Alterssicherungspolitik liegen auf der Hand: Wer vor zehn Jahren nach langjähriger gesetzlicher Versicherungszeit in die Rente ging, hatte im Durchschnitt 1.021 Euro zur Verfügung, im Jahr 2010 waren es nur noch 919 Euro. Deshalb fordert DIE LINKE in ihrem Antrag eine solidarische Rentenversicherung, die dem Ziel der Lebensstandard-

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 2



Vorstand und Redaktion
grüßen alle Mitglieder und
Sympathisanten anlässlich des

1. Mai 2012

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 1

sicherung ebenso folgt wie dem der Armutsvermeidung. Dazu soll die Bundesregierung bis spätestens zum 1. Juli 2012 einen Gesetzentwurf vorlegen, der eine neue und moderne Rentenpolitik einleitet. Die vier Komplexe des Antrages enthalten folgende Vorschläge:

1. Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik müssen zusammengeführt werden, existenzsichernde Arbeitsentgelte und das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« ohne Ausnahme sind durchzusetzen, langfristige Leiharbeit wird verboten und ein flächendeckender Mindestlohn von zehn Euro brutto ist einzuführen,

2. Lebensstandardsicherung muss wieder als Leistungsziel verankert werden. Zum Ausgleich bereits durchgeführter Rentenkürzungen sind die Rentenwerte sofort um mindestens vier Prozent anzuheben und die so genannten Dämpfungsfaktoren (Altersvorsorgeanteil sowie Nachhaltigkeitsfaktor) in der Rentenanpassungsformel sind ebenso wie der Nachholfaktor zu streichen. Beitragssatzobergrenzen sind unverzüglich abzuschaffen und für gleiche Lebensleistung ist der Rentenwert Ost auf das Westniveau anzuheben und die Höherbewertung beizubehalten. Die Anhebung der Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung auf 67 Jahre ist zurückzunehmen. Es ist ein abschlagsfreier flexibler Rentenzugang nach 40 Beitragsjahren einzuführen und der Schutz bei Erwerbsminderung ist deutlich zu verbessern.

3. Der Kreis der Pflichtversicherten ist deutlich auszuweiten. Künftig sollen neben den bisher Pflichtversicherten auch Beamte, Abgeordnete, Freiberufler und Selbständige in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert werden. Die Beitragsbemessungsgrenze soll zunächst deutlich erhöht und dann abgeschafft werden.

4. Die Rentenansprüche sind zu verbessern, damit niemand im Alter von weniger als 900 Euro leben muss. Es ist eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente einzuführen. Einkommen von unter 900 Euro sind mit einem Zuschlag auf 900 Euro anzuheben. Parallel zur Einführung der solidarischen Mindestrente ist das Wohngeldgesetz zu reformieren.

Der Antrag wurde am 1. März. im Bundestag behandelt und durch die Linksfraktion ausführlich begründet. Erläutert wurde, dass die gesetzliche Rente im Wesentlichen die vormalige Position der Rentnerinnen und Rentner auf dem Arbeitsmarkt widerspiegelt. Deswegen muss eine umfassende Rentenpo-

litik einem doppelten Dreiklang folgen: gute Arbeit – gute Löhne – gute Rente und Mindestlohn – Mindestsicherung – Mindestrente. Jede und jeder soll in Würde leben können. Das muss für alle gelten – egal, ob jemand noch nicht oder gerade nicht erwerbstätig, in Erwerbsarbeit ist oder aus Altersgründen, wegen einer Krankheit oder Behinderung nicht mehr erwerbstätig sein kann oder muss. Die Fraktion DIE LINKE folgt einem einfachen Grundsatz: »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Rente für gleiche Lebensleistung«. Daraus folgt, wie von der Kanzlerin im Jahre 2009 versprochen, dass nach 20 Jahren endlich der aktuelle Rentenwert (Ost) auf das Westniveau angehoben, die Höherbewertung beibehalten und die rentenpolitische Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner endlich beendet werden muss.

Wie zu erwarten war, wurde der Antrag prompt abgelehnt. Die CDU bezeichnete ihn als »sozialpolitische Schalmeienklänge«, die FDP als »unausgegoren und unfinanzierbar«, die SPD meinte, dass der Antrag den Eindruck vermittele »im Himmel ist Jahrmarkt und Ostern und Weihnachten fallen auf einen

Tag«. Lediglich die Grünen meinten »dass Altersarmut ein drängendes Problem sei«, aber man müsse auch festhalten, dass zu sozialpolitischen Themen von der Koalition nichts komme und auch die SPD in der Frage, wie man Altersarmut verhindern könne, nur »heiße Luft« produziere. Eine Kommentierung dieser »Stellungnahmen« erübrigt sich wohl.

Die Themen Rente, soziale Sicherheit und Altersarmut sind die Schwerpunkte unserer Arbeit. Seit über zwanzig Jahren kämpfen wir gemeinsam mit vielen Betroffenen und deren Verbänden und Initiativen gegen anhaltende Diskriminierung, Verleumdung und Benachteiligung ehemaliger Bürger der DDR, insbesondere von Verantwortungsträgern und Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane. Für ISOR steht dabei der Kampf gegen das Rentenstrafrecht im Mittelpunkt der juristischen, aber auch vielfältiger politischer Aktivitäten. Dank der ungebrochenen Unterstützung und Solidarität unserer Mitglieder und Freunde sehen wir uns gut gerüstet für die vor uns liegende Etappe unseres Kampfes gegen das Rentenstrafrecht. Und genau deshalb ist die Fortführung unseres politischen Kampfes so wichtig.



Unsere Mitgliederversammlungen sind für mich jedes Mal ein Stück gelebter Solidarität; ich freue mich darauf und genieße es, ehemaligen Mitstreitern zu begegnen, Situationen der aktuellen Lebensumstände auszutauschen, Erfahrungen, Tipps und Hinweise zu vermitteln und zu erhalten. So und ähnlich bekennen es viele, es motiviert und stärkt den Zusammenhalt. Wenn dazu ein interessantes Thema bestimmt wird und auch ein profunder Gast – hier der stellvertretende Vorsitzende der ISOR, Dr. Rainer Rothe – eingeladen werden konnte, ist die Resonanz entsprechend groß. Bis auf den letzten Platz besetzt war der Saal im Schweriner »Lindengarten« am 29. Februar. Wichtiges gab es zu besprechen unter dem Thema »Wie geht's weiter nach der Entscheidung des BSG am 14.12.2011 zum § 7AAÜG«. Wie mehrfach praktiziert, wurden anlassbezogenen Abordnungen der umliegenden TIG aus **Wismar, Grevesmühlen, Ludwigslust, Hagenow und Boizenburg** begrüßt. Vorteilhaft war, dass wir vom Ergebnis der richterlichen Entscheidung des Bundessozialgerichts durch den Vorsitzenden unseres Sozialvereins in **ISOR aktuell** 01/2012 zeit-

nah informiert wurden. Dr. Rothe unterlegte als Verfahrensbeobachter die zentrale Einschätzung mit einer Vielzahl politischer, juristischer und verfahrenstaktischer Sachzusammenhänge. Das Gesamtkonstrukt dieses Verfahrens mitsamt seiner Hintergründe, Risiken aber auch möglicher Chancen wurde damit authentisch vermittelt. Das Ergebnis ist (durften wir anderes erwarten?) ein politisch geprägtes Urteil, das sich unbeachtlich des ansonsten oftmals strapazierten Grundgesetzes der BRD nicht an seinem Text messen lässt. Jeder darf sich zudem darauf seinen Reim machen, warum die schriftliche Entscheidungsbegründung des BSG nach nunmehr zweieinhalb Monaten immer noch nicht vorliegt! Ignorant auch ein Senat, der ein vorgelegtes sozialwissenschaftliches Gutachten mit neuen rechtserheblichen Tatsachen schlichtweg nicht zur Kenntnis nimmt und statt dessen abgestandene und längst widerlegte Vorurteile bedient. Soviel zur angeblich unabhängigen bundesdeutschen Rechtsprechung. Fakt ist, dass damit die Ebene der Sozialgerichtsbarkeit ausgeschöpft und der Weg frei für die angestrebte Verfassungsbeschwerde

vor dem Bundesverfassungsgericht ist. Überzeugend begründete Dr. Rothe die Konsequenz dieses Schrittes. Und das nicht nur unter dem Aspekt einer gerechten Rente, sondern auch der Respektierung unserer Menschenwürde. Die Brisanz des Themas beförderte eine rege Diskussion in der Bandbreite weiterer juristischer Unwegsamkeiten und daraus resultierender Anforderungen an die Verfahrensführung bis zu den Dienstbeschädigtenrenten. Und auch dafür interessierten sich unsere Mitglieder:

- Lag das sozialwissenschaftliche Gutachten bei den Sozialgerichten vor?
- Sind Widersprüche zu Witwen/Witwerrenten noch zeitgemäß?
- Lohnt sich für einen Rentner, der mit Abschlägen in Rente geht, gegen 1,0 EP in Widerspruch zu gehen und zu klagen?
- Warum werden Zulagen (z.B. Wohngeld, Pflegegeld) für ehemalige Volkspolizisten nur im Land Brandenburg rentenwirksam berechnet?

Querbeet wurde deutlich, dass wir illusionslos, realistisch und gerade deshalb zielstrebig die nunmehr wichtigste Etappe unseres langjährigen juristischen Ringens angehen müssen. Dazu gibt es nach unserer Überzeugung keine Alternative. Die Hauptlast wird dabei auf den Schultern unseres Vorstandes und der Anwaltskanzlei Bleiberg liegen, die unser volles Vertrauen und unsere moralische wie auch materielle Unterstützung haben. Das untersetzte Hauptkassierer Gerd Jarchow mit der Feststellung, dass die Mitglieds-kassierung weit fortgeschritten ist. Mehrere Gruppenbetreuer haben die Jahresabrechnung bereits abgeschlossen. TIG-Vorsitzender Lothar Voigt konnte berechtigt versichern, dass wir auch weiterhin in solidarischer Geschlossenheit zusammenstehen. Beleg dafür ist u.a., dass aktuell vier neue Mitstreiter gewonnen und mehrere Mitglieder kurzfristig eine Aufgabe als Gruppenbetreuer übernommen haben. Wir lassen uns durch nichts und niemanden entmutigen. **Karl Bachmann**

★

Am 07.03.2012 fand traditionsgemäß in Kuhs bei Güstrow die Beratung der Beiratsmitglieder aus **Mecklenburg-Vorpommern** und der dazu eingeladenen TIG-Vorsitzenden aus Rostock, Greifswald, Stralsund, Pasewalk, Güstrow und Rügen statt.

Unter Verweis auf den orientierenden Inhalt des Referats von Horst Parton am 09.11.2011 vor den TIG-Vorsitzenden in Berlin und dem Artikel »Dimensionen im Rentenkampf« in **ISOR aktuell** 07/2011 diskutierten und berieten wir mit unserem Mitglied des Vorstandes und Landesbeauftragten Siegfried Felgner diesjährig besonders die Entschei-

dungen des BSG Kassel vom 14.12.2011 zu den Revisionsverfahren § 7 AAÜG sowie die daraufhin erfolgten bisherigen Beschlüsse unseres ISOR-Vorstandes für den weiteren Gang zum BVerfG durch die Rechtsanwälte.

Während der vierstündigen aufgeschlossenen Beratung fand natürlich auch die Lage und Situation in den TIG-Bereichen der Teilnehmer seinen Gesprächsraum. Fragen wie Alter und Gesundheit der Mitglieder, die unglaublich lange Dauer unseres Kampfes und damit einhergehende Zweifel und gesunkenes Vertrauen in den Rechtsstaat stehen aber auch Hoffnung und Vertrauen in die Argumente des Vorstandes und unserer Rechtsanwälte sowie in das vorbereitete verfassungsrechtliche Gutachten positiv gegenüber.

Daraus entnehmen wir gegenwärtig noch die bei den Mitgliedern vorhandene Bereitschaft, den politischen und juristischen Kampf ohne Vorhandensein einer anderen Alternative weiter fortzusetzen.

Aus unserer Beratung haben wir folgende Schlussfolgerungen abgeleitet:

- die genannten Dokumente und besonders die Beschlüsse zur Fortsetzung des juristischen Kampfes müssen im Zusammenhang gesehen werden und den Mitgliedern realistisch erläutert werden,
- aufgrund der zu erwartenden weiteren Zeitdauer bis zur Entscheidung sollte dem weiteren solidarischen Zusammenhalt in den TIG und gegenüber der komplizierten Arbeit unserer Rechtsanwälte Beachtung geschenkt werden,
- in den Territorien der TIG-Bereiche sollten Verbindungen zu den uns solidarisch verbundenen Bündnissen und Vereinen, die ebenfalls soziale Kämpfe führen, weiter gepflegt bzw. neu aufgenommen werden, hierin eingeschlossen die Partei DIE LINKE.

Die konkreten Beschlüsse des Vorstandes über das WAS, WIE, WANN, WARUM, WOMIT und MIT WEM zum BVerfG wurde uns Teilnehmern an der Beratung von Siegfried Felgner aus gegenwärtiger Sicht erläutert. Unsere Beratung klang mit einem gemeinsamen Mittagessen (eigene Bezahlung) und der Absprache zur Fortsetzung unserer Beratung mit neuen Teilnehmern im nächsten Jahr aus.

Manfred Pietschmann (TIG Rügen)

★

»Fiasco eines Bruderbundes« ist der Titel des Buches des letzten DDR-Botschafters in Moskau, Gerd König, in dem er seine Erinnerungen über die Beziehungen der UdSSR – DDR und KPdSU – SED in der Zeit von 1985 bis 1990 niedergeschrieben und analysiert hat. Dieser Titel wurde für eine Mitgliederversammlung

Aus der Arbeit des Vorstandes:

RA Horvath referierte zum Thema »Berichterstattung und Allgemeines Persönlichkeitsrecht. Grenzen der Meinungsfreiheit«. Damit wurde dem Bedürfnis entsprochen, Angriffspunkte bei Veröffentlichungen zu vermeiden. Mitglieder und Gäste des Vorstandes machten von der Möglichkeit der Fragestellung zum Thema regen Gebrauch und bestätigten damit die Aktualität der Thematik.

★

Der Vorstand billigte einen Brief des Vorsitzenden an die Vorsitzenden der TIG zum aktuellen Stand des politischen und juristischen Kampfes gegen das Rentenstrafrecht.

★

Am 12. April 2012 verabschiedete Horst Parton im Auftrag des Vorstandes den langjährigen Geschäftsführer der ISOR, Karl-Heinz Hypko, der seine Tätigkeit beendet. Er würdigte die jederzeit zuverlässige und korrekte Arbeit von Karl-Heinz Hypko, der sich in dieser Funktion, seit 2001 die Achtung und Anerkennung des Vorstandes und der Mitarbeiter der Geschäftsstelle der ISOR e.V. erworben hat. Als neuer Geschäftsführer wurde Wolfgang Schmidt eingesetzt.

der TIG **Strausberg** gewählt, auf der einer der Herausgeber des Buches, Manfred Schüemann, Vizepräsident des Verbandes für internationale Politik und Völkerrecht, die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Parteien und Staaten auf der Grundlage der Aufzeichnungen von Gerd König darstellte.

Fiasco wird in der deutschen Sprache als Misserfolg, Zusammenbruch oder Reifall bezeichnet und wir wurden damit schmerzhaft an unsere Ideale erinnert. Manfred Schüemanns Feststellungen, dass die Beziehungen zwischen Staaten von Interessen und nicht von Freundschaften bestimmt werden und so gesehen die DDR ein »Kind« der Sowjetunion war und nur als sozialistischer Staat an der Seite der UdSSR existieren konnte, hat die Geschichte als Tatsache bestätigt. Aus militärhistorischer Sicht wurde in der Diskussion nachdrücklich festgestellt, dass die DDR der wichtigste Bündnispartner der UdSSR im Warschauer Vertrag war, Entscheidungen auf militärpolitischem Gebiet jedoch ausschließlich von der UdSSR getroffen wurden. In Fragen der Außen-, Militär- und Sicherheitspolitik konnte die DDR während ihrer Existenz ihre

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 4

»»» Fortsetzung von Seite 3

souveränen Rechte nur eingeschränkt wahrnehmen. In anderen Bereichen, wie der Wirtschafts-, Informations- und Kulturpolitik gab es ebenfalls keine volle Souveränität. Zweifellos gab es, was die Wahrnehmung der souveränen Rechte der DDR betraf, Entwicklungen.

Die Diskussion widerspiegelte auch die persönlichen Erfahrungen von Genossen, für die die Waffenbrüderschaft mit der SU und Freundschaft mit den sowjetischen Menschen Herzenssache war und ist. Heute von Fiasko zu sprechen fällt deshalb besonders schwer, ist aber Realität. Weder die DDR noch die UdSSR existieren noch. Der Versuch einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus in Europa ist vorläufig gescheitert. In der Diskussion wurde über die Ursachen und die Verantwortung der Parteiführer aber auch eines jeden einzelnen Parteimitgliedes nachgefragt. Das Buch von Gerd König skizziert, dass Gorbatschow die Reformpolitik in der UdSSR ohne eine klare politische Konzeption für die gesellschaftliche Entwicklung eingeleitet hat. Sie endete schließlich als politisches Abenteuer und dem Verrat an allen sozialistischen Idealen. Gerd König hat mit großer Verantwortung seine Erinnerungen aufgeschrieben und dabei Vereinfachungen und Einseitigkeiten vermieden. Ein Buch das uns hilft, einer richtigen Bewertung dieser unser Leben prägenden Geschichtsperiode näherzukommen. **Günter Becker**

★

Die TIG **Cottbus** ließ am 14. März noch einmal einen Höhepunkt der 5. Vertreterversammlung von ISOR im Jahre 2009 aufleben: Sie hatte Generaloberst a. D. Fritz Streletz eingeladen, der über das mit Armeegeneral a. D. Heinz Keßler verfasste Buch »Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben« zu den über 100 Gästen, darunter auch von GRH, GBM, Rotfuchs und der Partei DIE LINKE, sprach.

Wie 2009 sprach Fritz Streletz natürlich über die damalige historische Situation in und um Berlin, dem »gefährlichsten Ort der Welt«. Für die zustimmend nickenden Grauköpfe eine plastische Erinnerung an die Kriegsgefahr und ihre Beseitigung vor 51 Jahren, für die jungen Mitglieder vor allem aus den Reihen der Partei DIE LINKE eine bestimmt seltene Gelegenheit, mit einem Akteur von damals der Vergangenheit »ein Gesicht« zu geben.

Aufrecht in soldatischer Haltung bestritt Fritz Streletz die zwei Stunden dauernde Veranstaltung sowohl in der lebendigen Schilderung der damaligen Situation als auch in der Beantwortung von Fragen. Wie es seine Art ist,

untersetzte er dabei seine Ausführungen mit exakter Angabe von Zeit und handelnden Personen. Offensiv beschrieb er aus eigener Zeugnenschaft das Handeln höchster Repräsentanten von Partei, Regierung und Militär der DDR und der UdSSR. Ein Raunen ging durch die Versammlung, als er die damalige und heutige Rolle von Gorbatschow beleuchtete.

Das besprochene Buch, das Fritz Streletz mit Freundlichkeit und Geduld signierte, ging weg wie »warme Semmeln«. Die TIG Cottbus hatte gut daran getan, den Kreis der Gäste weit zu ziehen, denn es waren zwei Stunden gegen den Strom der Geschichtsfälscher und hasserfüllten Umdeuter der Vergangenheit.

Die TIG verabschiedete Fritz Streletz mit der Bitte, an Heinz Keßler gute Wünsche für die Wiederherstellung seiner Gesundheit zu übermitteln. **Wolfgang Kroschel**

★

Renten, eine stabile und gerechte Altersversorgung – ein Thema, das immer wieder Gesprächsstoff bietet. Und noch mehr. Es verlangt dringend die seit 1990 mit der Rentenanpassung Ost und West entstandenen Gesetzesunebenheiten in die rechte Bahn zu geleiten. Viele Fragen gibt es dazu und nicht immer plausible Antworten.

Darum ging es z. B. auch Mitte März während einer gut besuchten Zusammenkunft in Neubrandenburg, zu der die TIG **Neubrandenburg** eingeladen hatte. TIG-Vorsitzender Karl-Wilhelm Wolf begrüßte dazu die Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Dr. Martina Bunge. Nachträglich übermittelte er dieser die Glückwünsche der Neubrandenburger und der Gäste zu dem im Dezember 2011 verliehenen Menschenrechtspreis der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde.

Die seit 22 Jahren aktive und engagierte Politikerin der LINKEN erwies sich als eine hochkompetente Gesprächspartnerin. Sie konstatierte, dass die Bundestagsfraktion der Linkspartei die einzige im Deutschen Bundestag ist, die konsequent die Interessen der Ostdeutschen vertritt. Das belegen auch die 19 Anträge mit Vorschlägen zur Rentengerechtigkeit, die allerdings allesamt abgeschmettert wurden. Die Politik sei einfach zum Handeln aufgefordert, so Dr. Martina Bunge. Dazu gehört die längst überfällige Angleichung der Rentenwerte Ost und West und damit die Anerkennung der Lebensleistungen der ehemaligen Bürger der DDR. In diesem Zusammenhang betonte sie, dass das Rentenrecht kein Platz für die Abrechnung mit der DDR und auch kein Platz für Strafrenten ist.

Zum Problem der Angleichung der Renten-

werte Ost und West nach mehr als 20 Jahren erklärte die Linken-Politikerin, dass ihre Fraktion einen fünfjährigen Stufenplan unterstütze, der auf einen Vorschlag der Gewerkschaft ver.di basiere. Auf eine Frage zum Nutzen der ISOR Sammelpetition, die mit 70.000 Unterschriften dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages übergeben wurde, meinte die Bundestagsabgeordnete, dass die endgültige Antwort zwar noch ausstehe aber die Petition habe auf jeden Fall mitgeholfen, das Thema auf der Tagesordnung »Gerechte Renten« zu halten. Übrigens, zu den Gästen der Neubrandenburger Veranstaltung gehörten auch ISOR-Mitglieder aus Prenzlau, Waren, Neustrelitz und Pasewalk sowie Mitglieder der GBM und des Rotfuchsfördervereins. **Benno Butschalowski**

★

Am 13. 03. 2012 traf sich der Vorstand der TIG **Erfurt** mit den Gruppenbetreuern / Kassierern in den Räumen des Stadtverbandes DIE LINKE zu einer gemeinsamen Beratung. Im Bericht über die Mitgliederentwicklung wurde hervorgehoben, dass zwar altersbedingt durch Tod oder Umzug ein Mitgliederverlust eingetreten ist, aber zugleich drei neue Mitglieder aufgenommen werden konnten. Der Vorstandsvorsitzende begründete die Notwendigkeit, auf die zu erwartenden Anschreiben der Rentenversicherung erneut Widerspruch einzulegen.

Die Gruppenbetreuer / Kassierer wurden angeregt, bei Todesfällen von Mitgliedern mit den Hinterbliebenen die weitere Durchsetzung der Rentenansprüche zu beraten und in Fällen, in denen eine anwaltliche Klage eingereicht war, das RA-Büro oder den ISOR-Vorstand zu informieren, ob die Klage fortgeführt oder der Rechtsstreit beendet wird.

Danach kam es im erweiterten Kreis (ca. 40 ISOR-Mitglieder und zwei Mitglieder von Sozialverbänden) zur Aussprache mit dem Kandidaten der Partei DIE LINKE zur bevorstehenden Oberbürgermeisterwahl. Der frühere Bundestagsabgeordnete Frank Spieth stellte den Rechtsanwalt Michael Menzel vor, der sich anschließend der Diskussion stellte und seine sozialpolitischen Vorhaben erläuterte. Darauf angesprochen, dass das Konzept der im Aufbau befindlichen »Gedenkstätte Andreasstraße« (ehemalige UHA Erfurt) ausschließlich die Delegitimierung der DDR und ihrer Sicherheitsorgane anstrebt und bewusst verschweigt, dass an dieser Stelle Verfahren gegen 22 faschistische Massenmörder geführt wurden, erklärte Michael Menzel, dass er darüber bisher nicht informiert war, aber gerne Unterstützung annehmen wird, um sich

sachkundig zu machen. Diese Unterstützung wurde ihm gerne zugesagt.

Abschließend dankte Frank Spieth sowohl dem OB-Kandidaten, als auch den anwesenden ISOR-Mitgliedern für die lebhaftige Aussprache und wünschte ein verantwortungsbewusstes Handeln am Wahltag. **DiETRICH REICHARDT**

★

Am 18.03.2012 fand im Theater am Park (TaP) in Berlin-Marzahn eine gemeinsame Frauentagsfeier der TIG **Hohenschönhausen, Marzahn und Hellersdorf** statt. Die Veranstaltung wurde, wie auch in den Jahren zuvor, von unseren TIG-Vorsitzenden mit großer Einsatzbereitschaft vorbereitet. Zum Empfang wurde jeder Teilnehmerin eine wunderschöne Rose überreicht. Mit seinen Begrüßungsworten dankte der Vorsitzende der TIG Hellersdorf allen Teilnehmerinnen für ihre z.T. jahrzehntelange Treue und Standhaftigkeit in unserem Kampf gegen das Rentenstrafrecht. Er wies darauf hin, dass dieser Kampf auch unter dem neuen Bundespräsidenten nicht einfacher wird. Wir sind es aber uns und unseren verstorbenen Mitstreitern schuldig, nicht nachzulassen und auch weiterhin alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des TaP hatten, wie auch in den vergangenen Jahren wieder für eine gute Bewirtung mit Kaffee und Kuchen gesorgt.

Ein besonderes Erlebnis war der Auftritt des Duo Karussell, einer russischen Musikerfamilie, das mit seinem Knopfakkordeon und der Dombra meisterhafte Darbietungen von Klassik bis zum Schlager und Volkslied zum besten gab. Sie führten uns in eine lebens- und lebenswerte Welt von vor über 20 Jahren. Viele der bekannten Lieder wurden teils fröhlich, teils andächtig mitgesungen – geschunkelt und – geklatscht.

Wir erlebten aufbauende, vereinigende und entspannte Stunden. Danach gingen alle Teilnehmerinnen munter, mit neuer Kraft und voll Dankbarkeit für diesen schönen Nachmittag nach Hause. **KATHARINA NUMMERT**

★

Im Rahmen der turnusmäßigen Versammlung unserer TIG **Merseburg** im Monat März befassten wir uns u.a. mit der Auswertung des Briefes des Auschwitz-Komitees an den Bundespräsidenten, die Bundeskanzlerin und weitere Mitglieder der Regierung sowie des Bundestages. Es entfachte sich eine rege Diskussion. Wieder einmal konnten wir feststellen, wie ernst es unsere Regierung mit all ihren Worten meint, um die erforderlichen Schlussfolgerungen aus den sehr klaren Darlegungen

des Auschwitz-Komitees für ihr weiteres Handeln zu ziehen. Die tägliche Praxis zeigt, dass es mit der Ernsthaftigkeit eines NPD-Verbots nicht weit her ist. Wie sonst hätte eine Bande von Nazi-Verbrechern nicht jahrelang ihr Treiben von Mord und Totschlag verrichten können, ohne daran gehindert zu werden. Bei der Verfolgung von friedliebenden Bürgern ist man sehr aktiv, wenn sie sich gegen Nazi-Aufmärsche stellen. Selbst vor Bundestagsabgeordneten haben sie keinen Respekt. Beispielhaft ist die Regierung des Landes Sachsen.

All den Forderungen des Auschwitz-Komitees muss man voll zustimmen. Ebenso aktiv verlief unsere Diskussion zu den Anmerkungen des GM a.D. Dieter Winderlich zum Buch über den letzten Innenminister der

DDR, »Aus dem Leben eines Taugenichts«. Ich selbst hatte in meiner über dreißigjährigen Tätigkeit als Offizier der DVP in meiner Entwicklungslaufbahn genügend Einblick in den Bereich des Strafvollzuges. In seinen Darlegungen zeigt Gen. Winderlich sehr eindeutig die Realität des Strafvollzuges der DDR auf.

Zum Abschluss unserer Versammlung erläuterte unser Mitglied des Vorstandes Gen. Dieter Wittstock ausführlich den Stand der Tätigkeit des Vorstandes im Kampf um die Erreichung unserer Rechte. Er erläuterte uns anhand von Beispielen, welche Schwierigkeiten dabei vor den Gerichten zu überwinden sind. Trotz alledem haben wir keinen Grund, in unserem gemeinsamen Ringen um Gerechtigkeit nachzulassen. **WALDEMAR SCHMIDT**

Aus der Postmappe

Aus Werbeanzeigen in der einschlägigen Presse und des Werbefernsehens wird den Lesern und Zuschauern in diesen Tagen mitgeteilt, dass mit »einem neuen Zeitungsprojekt Nachdrucke von Zeitungen aus der Zeit des Nationalsozialismus« in regelmäßigen Folgen veröffentlicht werden und abonniert werden können. Angeblich soll durch »Zeitzeugen« die Geschichte »nachvollziehbar« dargestellt und dem Leser vermittelt werden. Als erste Ausgabe ist unter dem Motto »Nachlesen, Nachdenken, Verstehen« u.a. die Zeitung des Kriegsverbrechers Streicher »Der Stürmer« erschienen.

Der Leser solle nicht nur nachdenken, sondern auch noch verstehen, wie der Faschismus in Deutschland und Europa den Zweiten Weltkrieg inszenierte, verbrannte Erde hinterließ und millionenfaches Leid über für Menschheit brachte. Ja, von seriöser und den Tatsachen entsprechender politischer Bildung kann da keine Rede mehr sein. In dieser Aktion sehen wir eher eine politische Geschmacklosigkeit, eine Verhöhnung der Opfer und die Wiederbelebung faschistischer Aktivitäten. Auf Grund der deutschen Vergangenheit, den Erfahrungen unserer Geschichte, stünde es der Bundesrepublik Deutschland besser zu Gesicht, unserer Jugend ein Geschichtsbild zu vermitteln, das auf Frieden, Humanismus, Völkerverständigung und die Gleichberechtigung aller Menschen ohne Ansehen von Glauben und Rasse gerichtet ist.

Die Startauflage der ersten Nummer lag bei 300.000, davon wurden zwischen 200.000 und 250.000 Exemplare verkauft. Die Chefredakteurin wurde in einem Interview gefragt:

»Was überwiegt bei den Reaktionen: die Kritik, die Unterstützung oder der Jubel aus der rechtsextremen Ecke?«

Ihre Antwort lautete: »Eindeutig die Unterstützung. Viele Leute haben uns ihr Wohlwollen zugesichert, zahlreiche Zuschriften sprechen von der einzigartigen Möglichkeit, sich in diese Zeit rückversetzen zu können«. (Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 27.01.2009)

Nach Erscheinen der zweiten Ausgabe, welche u.a. Nachdrucke des NSDAP-Parteiorgans »Völkischer Beobachter« zum Reichstagsbrand enthält, kündigte das bayerische Finanzministerium Strafanzeige an, »ein Ermittlungsverfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen« einzuleiten. Weiter soll gegen den Verlag McGees zivilrechtlich vorgegangen werden, um »künftige Nachdrucke der NS-Hetzpresse zu verhindern«.

Auch der Zentralrat der Juden in Deutschland hat unterdessen seinen Unmut gegen die Veröffentlichung alter faschistischer Zeitungen zum Ausdruck gebracht. Das Projekt »Zeitungszeugen« mit seinen Originalnachdrucken liefere – so Generalsekretär Stephan Kramer – »Kopiervorlagen für Nachwuchsnazis in jedem Zeitungskiosk«.

Die Urheber des Zeitungszeugen-Projekts befördern mit der Veröffentlichung der authentischen Texte der faschistischen Goebbels-Propaganda neonazistische Umtriebe in Deutschland. Die Veröffentlichung faschistischer Ideologie ist zugleich eine Verherr-

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 6

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 5

lichung der verbrecherischen Untaten der braunen Brut. Die allgegenwärtig gewordene Integration rechtsextremen Denkens in unsere Gesellschaft – darüber, dass junge Inder nicht mehr gern in bestimmten deutschen Städten studieren wollen und Angst vor rechtsextremen Angriffen haben oder Menschen auf der Straße mit »Juda verrecke« beschimpft werden, regt sich kaum noch jemand auf. Soweit ist es in Deutschland 2012 schon wieder gekommen und fast zum politischen Alltag in dieser sonderbaren Demokratie geworden. Wer dieses Gedankengut auch noch im Original – zum Verstehen (!) weiter verbreitet, kann vom Ursprung dieser Herrenmenschen-Ideologie nicht weit entfernt sein. Wir haben nicht vergessen, welches Leid der faschistische Terror über die Völker Europas gebracht hat und welche Rolle der Goebbels'sche Propaganda-Apparat mit seiner Presse dabei spielte.

Das soll nicht noch einmal geschehen!

Kurt Andrä / Günther Bandel, Berlin

★

Viele unserer Mitglieder sind in einem Alter, in dem auch gesundheitliche Probleme auftreten können und auch dieser oder jener muss ganz sicherlich mit einer körperlichen Behinderung leben. Deshalb finde ich es gut und angebracht, weil auch wir uns ganz besonders für die sozialen Belange in unserer Gesellschaft einsetzen, in **ISOR aktuell** auf den Europäischen Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen aufmerksam zu machen.

Der 5. Mai ist der Europäische Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen.

Er ist ein Europäischer Aktionstag von und für Menschen, die mit einer Behinderung leben müssen. Seit genau 20 Jahren veranstalten Verbände und Organisationen der Behindertenhilfe und Behindertenselbsthilfe rund um den 5. Mai überall in Deutschland und Europa Podiumsdiskussionen, Informationsgespräche, Demonstrationen und andere Aktionen. Entstanden ist der Protesttag 1992 auf Initiative des Vereins Selbstbestimmt Leben Deutschland (ISL).

Auch wenn es, nicht zuletzt auch aufgrund dieser Initiative gelang, in vielerlei Hinsicht die Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren und somit immer mehr Aufmerksamkeit auf das Anliegen von Menschen mit Behinderung zu lenken, ist in der Gegenwart die Kluft zwischen dem im Grundgesetz verankerten Anspruch der Gleichstellung für alle Menschen und der Lebenswirklichkeit noch längst nicht überwunden. Aus diesem Grund ist es

auch weiterhin wichtig, sich für die Rechte von Menschen mit Behinderung zu engagieren und der Forderung nach einer Gesellschaft für alle Menschen Nachdruck zu verleihen.

Detlef Mauch, Ribnitz-Damgarten

Aus Anlass des Europäischen Aktionstages zur Gleichstellung der Behinderten wird auf den Roman von Detlef Mauch – **»KEINE TRÄNEN, wenn ich weine«** (siehe auch **ISOR aktuell** 3/2009) – verwiesen.

Ein Autobiografischer Roman (RaDe Selbstverlag Detlef Mauch, Ribnitz-Damgarten 2009) 220 Seiten, Preis 10,- € Bestellung über den Autor direkt unter: Tel.: 03821 706452 oder mobil: 0151 58753175

Mail: mauch-ramona@t-online.de

Der Autor ist Mitglied von ISOR und engagiert im sozialen Bereich tätig.

Zum Inhalt: Ramona, eine exzentrische junge Frau, bleibt nach einem schweren Verkehrsunfall teilweise gelähmt und sitzt im Rollstuhl. Der Roman schildert die Probleme einer jungen Frau, die von einer Sekunde auf die andere mit einer schweren Behinderung leben muss. Es ist eine bewegende und spannende Liebesgeschichte zweier schicksalsgeprüfter Menschen von heute.

★

Neues aus Heideruh

Am 17./18.03.2012 fand in der antifaschistischen Erholungs- und Begegnungsstätte Heideruh e.V. die diesjährige Mitgliederversammlung, verbunden mit einer Diskussionsrunde über schon geplante und mögliche weitere neue Projekte für das Jahr 2012 statt. Im Mittelpunkt stand dabei das Interesse eines breiten Bevölkerungskreises, vor allem auch der jüngeren Generation, an einem Besuch in Heideruh zu wecken.

Im Auftrage des Vorstandes von ISOR nahm ich an der Mitgliederversammlung teil. Der Rechenschaftsbericht widerspiegelte, dass sich Heideruh im vergangenen Jahr positiv entwickeln konnte. Durch große Kraftanstrengungen des Personals bei der Betreuung der Gäste und Besucher, eine ausgewogene Sparsamkeit, erfolgreiche Spendensammlungen und viele Veranstaltungen mit aktuellen politischen Inhalten, die insbesondere an die antifaschistischen Traditionen anknüpfen sowie durch ständig wachsende Besucherzahlen konnte die angespannte finanzielle Situation verbessert werden.

Daran wird sich auch die zukünftige Arbeit orientieren. Wie bisher wird das Andenken an die Opfer des Faschismus aufrechterhalten und Ursachen erörtert, wie es dazu kommen konnte, dass Neonazis in Deutschland zunehmend Einfluss gewinnen. Großes Augenmerk wird auch auf die Einbeziehung und Gewinnung Jugendlicher gelegt. Dazu ist z. B. im Juni dieses Jahres eine Sommerschule unter dem Motto »Politische Bildung für Junge« geplant.

Die Diskussion war rege und enthielt viele sinnvolle Vorschläge für die weitere Gestaltung von Heideruh als Treffpunkt für Gleichgesinnte aus Ost und West. Als neuer Vorsitzender wurde Matthias Werner, Vizepräsident des OKV, gewählt. Geschäftsführerin bleibt Bea Trampenau. Im Auftrag des Vorstands habe ich die Solidarität von ISOR mit Heideruh erklärt und unsere Unterstützung auch für die 2012 geplanten Aufgaben zugesichert. ISOR wird in seinen Publikationen für die antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte werben und Heideruh nicht nur als Begegnungsstätte, sondern auch als Ort für Erholung darstellen. Das Programm für die Veranstaltungen 2012 kann auch über Internet abgerufen werden. Internet: www.heideruh.de

Anita Richter

Bei anderen gelesen:**Trotz höherer Renten 2012 wächst Rückstand Ost**

»Die Rentenanpassung 2012 ist kein Grund zur Euphorie, denn sie liegt unterhalb der Preissteigerungsrate von 2,3 Prozent im Jahre 2011.« Das erklärte der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Gunnar Winkler, zu Presseberichten über eine Rentenanpassung von 2,18 Prozent in den alten und von 2,26 Prozent in den neuen Ländern. »Somit verlieren die Renten weiterhin an Kaufkraft. Und das nach vielen mageren Jahren mit Nullrunden und niedrigen Rentenanpassungen.« Winkler kritisierte, dass die nur geringfügig höhere Rentenanpassung im Osten den Rückstand des aktuellen Rentenwerts Ost (24,37 Euro) zu dem für die alten Länder geltenden Rentenwert (27,47 Euro) nicht abbaue, sondern sogar noch vergrößere. Pro Entgeltpunkt werde der Abstand von bisher 3,10 Euro auf voraussichtlich 3,15 Euro steigen. Das bedeute 142 Euro weniger Rente (brutto) monatlich für den »Eckrentner« Ost nach gegenwärtig 139 Euro monatlich weniger im Vergleich zum »Eckrentner« West.

»Ein Hinweis darauf, dass die Lohnentwicklung Ost allein nicht ausreicht, damit gleiche Lebensarbeitsleistungen in Ost und West in der Rente in entsprechender Weise anerkannt und bewertet werden«, sagte der Verbandspräsident. »Mit Niedriglöhnen, überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit und kleinteiliger Wirtschaft kann man das Niveau der alten Länder nicht erreichen. Deshalb muss endlich Schluss sein mit den Ausreden, die begründen sollen, warum man besser nichts tut. Die Volkssolidarität bleibt dabei, dass die Politik nach über 20 Jahren deutscher Einheit gefordert ist, eine politische Lösung vorzulegen, damit die Spaltung auch bei den Renten endlich überwunden wird.«

(Quelle: Presseinformation 9/2012 der Volkssolidarität)

Auf dem Büchermarkt:**Remo Kroll: Die Kriminalpolizei im Ostteil Berlins 1945–1990**

(Dr.-Köster-Verlag Berlin 2012) Hardcover, 560 Seiten, Preis 34,80 €
ISBN-13: 9783895747656, Preis 34,80 €
Mit einem Vorwort von Generalleutnant a.D. Karl-Heinz Schmalfuß

Die Neuerscheinung hat zeitgeschichtliche Bedeutung. Sie ist sorgfältig recherchiert und beschreibt die Anstrengungen zur Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität in der DDR, besonders durch das Präsidium der Volkspolizei Berlin im Rahmen der gesellschaftlichen Gegebenheiten. Das Buch ist interessant und lesenswert.

**Eberhard Rebohle: Schipkau Kolonie**

Geschichte und Geschichten um eine Bergarbeiter-siedlung in der Niederlausitz (REGIA Verlag Cottbus 2012) 388 Seiten, zahlreiche Reproduktionen, Preis: 22,- €
ISBN 978-3-86929-112-3

Eberhard Rebohle ist vielen ISOR-Mitgliedern spätestens durch sein zumindest in unserem Umfeld viel beachtetes Buch »Rote Spiegel – Wachsoldaten in der DDR« bekannt,

(edition ost im Verlag Das Neue Berlin 2009, ISBN 978-3-360-01809-0), – wir hatten es in **ISOR aktuell** 12/2009 vorgestellt. Nunmehr legter – darauf aufbauend – sein jüngstes Werk vor, das vordergründig zunächst allein von regionalgeschichtlicher Bedeutung scheint, ihn aber an seine Ursprünge zurückführt. Er beschreibt sein Heimatdorf in der Niederlausitz und seinen Werdegang von dort in die bewaffneten Organe der DDR und man erahnt seine Motive dafür. Kindheits- und Jugenderinnerungen vermischen sich eindrucksvoll mit der industriellen Entwicklung der Lausitz, die ihre spezifischen Probleme in dem bitteren Wort ausdrückt: »Gott schuf die Niederlausitz und der Teufel vergrub unter ihr die Braunkohle«. Es wird plastisch deutlich und regt zum Nachdenken über Sinn und Folgen industrieller Entwicklungskonzepte an, die unwiederbringlich in Jahrhunderten gewachsene Strukturen zerstört, die Menschen Heimat waren.

Ein politisch und soziologisch beachtliches Werk, dem man sich nicht verschließen sollte (vor allem, wenn man in der Lausitz und im Großraum Brandenburg wohnt oder beheimatet ist).

Veranstaltung:

Das **Polizeihistorische Museum** – Freistaat Sachsen in Pfaffroda-Schönfeld veranstaltet am 21.04.2012 um 16.00 Uhr im Hotel »Bielatal« Hallbach eine **Lesung** von Oberstleutnant der Volkspolizei a.D. **Werner Feigel** zu seinem Buch »Geschichten aus meinem Leben – Vierzig Jahre als Volkspolizist«. (Siehe **ISOR aktuell** 12/2010)

Von Mitglied zu Mitglied:

Komfort-FeWo: 4-Sterne-Prospekt anfordern.
Schleusingen/Thür., Nähe Rennsteig
Tel.: 036841 47598
Internet: www.ratschererhoehe.de

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 28.03.2012

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.04.2012

Einstellung im Internet: 04.05.2012

Auslieferung: 10.05.2012

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: http://www.isor-sozialverein.de

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Neu: Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

sowie nach tel. Vereinbarung (030 29 78 43 15)

auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr